Sonntag, den 28. August 1927.

Lodzer Volkszeitung

Lesen und weitergeben!

Wahl-Extranummer

An die deutsche Bevölkerung der Stadt Lodz.

Die staatlichen Behörden haben für den 9. Oktober dieses Jahres

Neuwahlen für den Lodzer Stadtrat

ausgeschrieben. Am 9. Oktober, also schon in wenigen Wochen, habt Ihr, die Wähler, eine neue Verwaltung unserer Stadt durch die freie Wahl zu berufen. Der bisherige Stadtrat und Magistrat wird endlich seine ruhmlose Arbeit einstellen müssen, und die vielen Klagen, die besonders wir Deutschen als Deutsche und als werktätiges Volk allen Grund vorzubringen hatten, sollen nunmehr gemildert werden oder vollständig aufhören. Eine neue Stadtverwaltung soll durch Euren Willen in das Gebäude am Freiheitsplatz einziehen, die uns eine geordnete Stadtwirtschaft bringen soll und uns als deutsche Minderheit Gerechtigkeit und Gleichberechtigung widerfahren läßt. Uns als werktätiges Volk soll sie der Schutz werden vor wirtschaftlicher Ausbeutung. Sie soll uns mit einer Fürsorge umgeben, wenn Krankheit oder Alter uns arbeitsunfähig machen. Unseren hinterbliebenen Witwen und Waisen soll sie Obdach und Brot geben, da doch unsere heutige Weltordnung hilf- und schutzlose Menschen in ihrem Elend beläßt und die Nächstenliebe nur dort zu finden ist, wo wir sie uns selbst erkämpfen. Die neue Stadtverwaltung soll uns vor Steuerwillkür schützen und uns nur dann zur Tragung der Gemeindelasten heranziehen, wenn wir dazu imstande sind. Sie soll uns nach dem Muster des sozialistischen Wien

gesunde, luftige Wohnhäuser

bauen, damit wir ein uns als Menschen würdiges Obdach erhalten, als diejenigen, die durch ihrer Hände Arbeit die Millionenwerte schaffen, Paläste bauen, selbst aber in engen, oft auch in Keller- oder Dachwohnungen dicht zusammengepfercht mit unseren Angehörigen hausen müssen. Bessere Straßen, Beleuchtung für jede Wohnung des Schaffenden, bequeme Straßenbahnverbindung, Gartenanlagen, Badeanstalten und alle anderen sozialhygienischen kommunalen Einrichtungen, die sich die Arbeiterschaft des Westens schon längst erkämpft hat, müssen erstehen.

Die Schule, die stärkste Waffe des arbeitenden Volkes,

muß in der neuen Stadtverwaltung eine starke Verteidigerin finden. Gerechtigkeit für die nationalen Minderheiten muß hierin walten. Was dem polnischen Volke gewährt wird, muß auch der Deutsche erhalten.

Der Nationalitätenhaß, der die bisherige national-polnische Stadtverwaltung erfüllt hatte, muß ausgemerzt werden. Die Parole, die sich der Chjena-N. P. R.-Magistrat gestellt hatte: „Entdeutschung der Stadt Lodz“ muß zum alten Eisen geworfen werden. Die Losungen der Demokratie müssen durchdringen, die da heißen:

Völkerfrieden, Menschenverbrüderung, Gleichheit aller, die Menschenantlitz tragen.

Ueberall dort, wo die Demokratie die Mehrheit in Parlamenten und Gemeinden erringt, werden diese Losungen verwirklicht.

Der chauvinistisch-nationalistische bisherige Magistrat, der ein Feind der Demokratie und des Fortschritts war, der aus seiner Mitte zwei Mitglieder herausbrachte, die dem

Staatsanwalt übergeben

werden mußten, soll nun am 9. Oktober durch eine neue Gemeindeverwaltung ersetzt werden.

Die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens,

die die deutschen Werktätigen unserer Stadt vor viereinhalb Jahren bei den damaligen Stadtratwahlen zu einem glänzenden Wahlsieg geführt hat, dank dem die Fraktion der D. S. A. P. wirksam für unsere nationalen Güter kämpfen und gemeinsam mit dem werktätigen polnischen und jüdischen Volke für die wirtschaftliche Befreiung aller Arbeitenden eintreten konnte, nimmt am 9. Oktober gleichfalls an den Stadtratneuwahlen teil. Sie will diesmal eine noch stärkere Stadtverordnetenfraktion in den Stadtrat schicken, damit die deutschen Werktätigen auch weiterhin eine Vertretung besitzen, die offen und unerschrocken für die Forderungen des deutschen arbeitenden Volkes kämpft und dem deutschen Volke hierorts Einfluß und die Bedeutung schafft, die uns als dem Element zusteht, das durch Fleiß und Aufopferung diese stolze Stadt mit geschaffen hat.

Die Arbeit, die jetzt vor uns allen liegt, ist groß und schwer. Abgesehen von unserer Pflicht, alle Wahlberechtigten zur Opferfreudigkeit und zur Wahlurne heranzuziehen, gilt die

Aufklärung aller deutschen Wähler.

Das deutsche arbeitende Volk ist wie überall nur auf seine eigenen Kräfte und seine eigene Aufklärungsarbeit angewiesen. Seine Vertreter sprechen nur durch eine der hiesigen drei Tageszeitungen zu ihm. Nur die „Lodzer Volkszeitung“ ist es die ganze Zeit hindurch gewesen, die den deutschen Wählern über den schweren Kampf berichtete, den ihre Vertreter im Stadtrat und Sejm zu kämpfen hatten. Die anderen beiden Blätter haben fast alles verschwiegen, was unsere Vertreter für uns in diesen öffentlichen Körperschaften taten. Wenn unsere Vertreter in für die Stadt oder für unser Volk wichtigen Fragen das Wort ergriffen, was in fast jeder Sitzung der Fall war, so haben die beiden bürgerlichen Blätter diese Tatsachen verschwiegen oder gar, was fast immer geschah, die Anträge der Stadtverordneten der D. S. A. P. oder deren Stellungnahme polnischen oder jüdischen Stadtverordneten in den Mund gelegt. Der deutsche Werktätige, der jene Blätter las, hörte über seine Vertreter nichts. Er blieb uninformiert und hörte nichts von dem großen Kampfe, der im Stadtparlament in der Pomorskastraße für die Befreiung des deutschen Volkes von Lodz geführt wurde. Daher stellte er sich manchmal die Frage, was denn eigentlich seine Vertreter im Stadtrat tun.

Warum aber berichteten die bügerlichen Blätter nicht wahrheitsgetreu? Warum fälschten sie die Tatsachen? Warum fälschten sie die Berichte über die Stadtverordnetenversammlungen?

Du, Volksgenosse, Du, Wähler, der Du am 9 Oktober das Geschick des deutschen werktätigen Volkes durch Deinen Stimmzettel in der Hand hältst, weißt es, daß am 13 Mai 1923, als Du Deine Vertreter für den nun aufgelösten Stadtrat gewählt hattest, zwei deutsche Listen im Wahlkampf sich begegneten: 1) Die Liste des deutschen werktätigen Volkes, der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens, und 2) die Liste derjenigen Deutschen, die vom deutschen werktätigen Volke weit abrückten, die andere Interessen haben als Du, derjenige Wähler, der durch die Arbeit seiner Hände und seines Kopfes das Brot verdienen muß — die Liste der Bürgerlich Deutschen Partei. Unsere Liste errang damals fünf Vertreter, jene Liste zwei.

Jene Liste wurde 1923 von den beiden bürgerlichen Blättern propagiert, weil sie der Ideologie der Bürgerlichen, der Besitzenden entsprach. Weil die beiden Blätter den Besitzenden, die den Kampf um das tägliche Brot nicht zu führen brauchen, das Wort reden, deren Interessen verteidigen und gegen die wirtschaftlichen Interessen des werktätigen Volkes schreiben. Weil Bürgerlich Deutsche Partei und „Freie Presse“ und „Neue Lodzer Zeitung“ dieselben Leute sind, die auf und hinter der damaligen Liste mit Weigelt und Rode an der Spitze standen!

Du, Wähler! Du, Volksgenosse! Du verstehst es jetzt, daß die beiden Blätter ein Interesse daran hatten, die Tüchtigkeit der Vertreter der deutschen Werktätigen zu verschweigen. Du verstehst es jetzt, daß die beiden Blätter Dir, der Du oder Dein Kollege für die Weigelts und Rodes gestimmt hast, doch nicht sagen konnten: Du bist betrogen worden, denn tüchtig und arbeitsfreudig, offen und unerschrocken waren nur die Vertreter der deutschen Werktätigen, die Stadtverordneten der D. S. A. P. Fast 5 Jahre lang kämpften unsere Stadtverordneten einen schweren Kampf! Unzählige Male wurden sie, wenn sie für das deutsche Volk Gerechtigkeit und Gleichberechtigung forderten, von den Nationalisten, von den Feinden der Gerechtigkeit im Stadtrat durch wilde Zwischenrufe nach Berlin geschickt. Die Nationalisten verweigerten ihnen und dadurch Dir die Daseinsberechtigung in dieser Stadt und in diesem Lande, welche Deine Heimatstadt und Dein Heimatland geworden ist.

Diesen Kampf hat man Dir verschwiegen oder bestenfalls hat man Dir gesagt: „Es ergriff noch der Stv. Kuk oder Klim oder ein anderer das Wort.“ Schluß. Mehr nicht. Mehr solltest, mehr durftest Du nicht hören.

Die beiden bürgerlich deutschen Stadtverordneten hatten diese Kämpfe nicht zu bestehen. Denn sie saßen viereinhalb Jahre im Stadtrat,

ohne den Mund aufzutun!

Nie fanden sie den Mut, das Wort zu ergreifen! Deutsche Schule, deutsche Abendkurse, Gleichberechtigung für die deutsche Einwohnerschaft waren ihnen gleichgültige Dinge, obwohl sie Dir 1923 versprochen haben, dafür einzutreten! Du weißt es bestimmt auch nicht, daß sie

nicht den Mut hatten, für die Wiederaufrichtung der deutschen Abendkurse

zu stimmen, dieselben bürgerlich deutschen Stadtverordneten, die Dir 1923 versprochen haben, für die deutsche Schule einzutreten!

Dagegen aber hast Du in den bürgerlichen Zeitungen Zuschriften der beiden Stadtverordneten gelesen, in denen sie behaupten, es sei nicht wahr, daß sie sich bei der Abstimmung über die deutschen Abendkurse der Stimme enthielten. Glattweg versuchten die beiden Herren ihre schändliche Tat abzuleugnen. Sie bestritten in den bürgerlichen Zeitungen, was durch eine Reihe ehrenwerter Zeugen, durch polnische und jüdische Stadtverordnete bewiesen werden kann.

Warum aber sagte man Dir nicht die Wahrheit? Warum sagte man Dir nicht, daß die Stadtverordneten der Bürgerlich Deutschen Partei Dein Vertrauen, das Du ihnen 1923 geschenkt, schmählich mißbraucht, ja dich betrogen haben?

Sie taten und tun es darum, um Dich, Du Wähler, unaufgeklärt zu lassen.

Weil sie heute, zum 9. Oktober wieder Deine Stimme haben wollen! Weil sie haben wollen, daß Du, der deutsche Werktätige, wieder für Leute stimmen sollst, die Deine wirtschaftlichen Feinde sind und die in nationaler Beziehung nicht den Mut haben, Dich zu schützen und zu verteidigen.

Das ist der Grund, warum man Dich durch die bürgerlichen Blätter nicht aufgeklärt hat. Man will jetzt Deine Stimme, um wieder wie vor viereinhalb Jahren, den Endeken zum Stadtpräsidenten zu wählen! Denn das weißt Du bestimmt auch noch nicht, daß der nationalistische Magistrat, gegen den Du so viel zu klagen hast, mit den Stimmen auch der zwei bürgerlich deutschen Stadtverordneten gewählt wurde. Also mit Deiner Stimme! Denn Du stimmtest doch für Weigelt und Rode! Wolltest Du dies haben? War es Dein Wille, einen Magistrat zu wählen, der Entdeutschung der Stadt Lodz auf sein Schild geschrieben hat?

Nein! Das konnte Dein Wille nicht sein! Du warst und bist für Gleichberechtigung, für Freiheit, für Völkerversöhnung! Daher bekennst Du das Programm der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei! Du wolltest so stimmen, wie es die Stadtverordneten der D. S. A. P. taten. Du wolltest mit ihnen die Freiheit in jeder Beziehung.

Du bist irregeführt worden.

Achte darauf, genau, daß Dir am 9. Oktober dieses Jahres nicht derselbe Irrtum unterläuft! Stimme diesmal mit offenen Augen! Laß Dich aufklären! Laß Dir beweisen, wie die Dinge stehen! Du erfüllst eine doppelte Pflicht! Die Pflicht des Bürgers der Stadt und die des deutschen Volksgenossen!

Noch etwas haben wir Dir zu sagen:

Du weißt es, daß unsere Stadt eine Kanalisation baut. Du hast gelesen, daß gegenwärtig 1600 Arbeiter dabei beschäftigt werden. Auch deutsche Arbeiter befinden sich darunter. Diese Arbeiter, die im Lehm und Wasser ihr Tagewerk vollbringen, verdienten Anfang dieses Jahres 3 Zloty 60 Groschen täglich; bestimmt doch wohl zu wenig, um sich selbst zu ernähren oder gar noch eine Familie dazu! Die Kanalisationsarbeiter forderten Lohnzulage. Die Arbeiterfraktionen, darunter die D. S. A. P., haben schließlich nach hartem Kampf im Stadtrat mit Stimmenmehrheit den Beschluß durchgedrückt, den armen Proletariern den Tagelohn auf 5 Zloty 20 Groschen zu erhöhen. Der Beschluß fiel. Die Arbeiter waren den Arbeiterstadtverordneten dankbar.

Was aber geschah? Die Endecja, Chadecja und die Bürgerlich Deutsche Partei fanden, daß 5 Zloty 20 Groschen zu viel für den im Lehm und Wasser knetenden Arbeiter ist. Sie stellten eine Delegation, bestehend aus Fiedler (Endek), Stypulkowski (Chadek) und Leopold Rode (B. D. P.) auf, die sich zum Wojewoden mit der Forderung begab, den Beschluß des Stadtrats nicht zu bestätigen und den Arbeitern höchstens eine Zulage bis auf 4 Zloty 40 Groschen zu gewähren. Und der Wojewode schloß sich der Ansicht der Delegation an. Trotzdem der Stadtrat 5,20 Zloty beschloß, erhielten die Kanalisationsarbeiter nur 4 Zloty 40 Groschen.

Wolltest Du, Wähler, auch dieses? Wolltest Du, daß diesen armen Arbeitern die 80 Groschen abgerissen werden, auf die sich seine Frau und Kinder gewiß schon freuten, weil doch der Stadtrat den Beschluß gefaßt hatte? Wolltest Du es, daß die drei Stadtverordneten, also Dein Vertreter Rode mit, von den armen Arbeiterfamilien ob dieser Tat verflucht werden? Wolltest Du es, daß auch Du verflucht wirst, weil doch durch Deine Stimme Leopold Rode Stadtverordneter geworden ist?

Nein! Abermals nein! Das wolltest Du nicht. Aber die bürgerlichen Zeitungen haben diese Nachricht von dem Besuch der Delegation beim Wojewoden mit Stolz veröffentlicht. Sie brüsteten sich damit, was ihr Stadtverordneter geleistet hat. Hier siehst Du recht deutlich die Ideologie der Bürgerlichen Partei, ihres Stadtverordneten, ihrer Presse! Ist es nicht Deine Pflicht, davon weit abzurücken? Ist es nicht Deine Pflicht, dorthin zu gehen, wo Deine Interessen stehen? Mußt Du nicht Deine Zeitung lesen? Ist Dir angesichts des Vorstehenden nicht genügend klar, wo Du am 9. Oktober mit dem Stimmzettel stehen sollst?

Denke nach! Laß Dich aufklären! Laß Dich belehren! Prüfe Dein Gewissen!

* * *

In aller Offenheit, wie immer vor allen Wählern, will das Wahlkomitee der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei zu den Wahlen für den Stadtrat am 9. Oktober schreiten. Deswegen erachtet es als seine Pflicht, in derselben Offenheit auch alle Vorwahlverhandlungen zu führen.

Am 23. August erhielt die Partei von einem vereinigten Wahlkomitee der Bürgerlich Deutschen Partei und dem Deutschen Volksverband nachstehendes Schreiben:

Vereinigte Deutsche Parteien
Deutscher Volksverband und
Bürgerlich Deutsche Partei.

An den Vorstand
der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei
in Lodz, Petrikauerstr. 109.

Die vereinigten Deutschen Parteien — Deutscher Volksverband und Bürgerlich Deutsche Partei, welche heute in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen haben eine einheitliche Deutsche Wählerliste für die Stadtratwahlen in Lodz aufzustellen, wenden sich an Sie mit dem höflichen Ersuchen, endgültig uns mitzuteilen, ob ihre Partei gewillt ist sich unserer gemeinsamen Wählerliste grundsätzlich anzuschließen, um die Zersplitterung der deutschen Stimmen zu vermeiden.

Wir bitten Sie höflichst um eine baldmöglichste schriftliche Antwort, und zwar können wir den spätesten Termin bis zum 31. August 1927 in Betracht nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
der Vorstand.

Im Auftrage:
Lodz, den 22. August 1927. Vorsitzender Dr. W. Fischer.

Die Exekutive des Bezirksrates der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens, die das Wahlkomitee der Partei ist, sandte an Herrn Dr. Wilhelm Fischer unterm Datum des 26. August nachstehendes Schreiben:

An Herrn
Dr. Wilhelm Fischer
Lodz.

Das Wahlkomitee der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens in Lodz hat in seiner Sitzung vom 25. August zu dem Schreiben eines Vereinigten Wahlkomitees der Bürgerlich Deutschen Partei und des Deutschen Volksverbandes in folgender Weise Stellung genommen:

Die Bürgerlich Deutsche Partei ist im März 1923 geschaffen worden, also kurz vor den Stadtratwahlen. Nach kurzer Existenz hat die genannte Partei aber ihre Tätigkeit eingestellt. Dies beweist klar und offen, daß sie keine Existenzberechtigung hatte, denn in unserer Zeit der Sammlung von Kräften und Organisierung der gesamten Bürgerschaft nach ihren wirtschaftlichen Interessen dürfte eine Organisation nicht verschwinden, die irgendwelche Aufgaben zu erfüllen hat. Die deutschen Besitzenden scheinen also in ihren polnischen wirtschaftlichen Verbänden der Industriellen, Kaufleute, Hausbesitzer usw. genügend geschützt zu sein. Das werktätige deutsche Volk ist aber bei seiner Organisation, der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens geblieben und hat diese Organisation immer mehr ausgebaut, da es sich vor wirtschaftlicher Ausbeutung schützen muß.

Eine ständige Organisation der besitzenden Deutschen von Lodz gibt es also nicht. Ein festes Fundament hierfür ist nicht vorhanden. Die Wiederaufziehung der Bürgerlich Deutschen Partei kurz vor den Wahlen ist uns ein Beweis dafür, daß es nur um die Wahlen geht. Nach den Wahlen aber schläft die Partei wieder ein. Die eventuell durchgebrachten Stadtverordneten können dann aber wieder machen, was ihnen beliebt, ohne eine Verantwortung vor den Wählern zu haben.

Wir unterstreichen, daß ein Zusammengehen unserer Partei mit eventuellen Kandidaten der Bürgerlich Deutschen Partei als Partei unmöglich ist. Die erwähnten beiden Stadtverordneten, die doch im Stadtrat ihr Parteiprogramm zu verfechten hatten, haben uns bewiesen, daß sie unseren nationalen und wirtschaftlichen Forderungen feindlich gegenüberstehen.

Dies beweisen wir nur durch drei Beispiele von vielen:

1. Während der Budgetberatungen im Lodzer Stadtrat haben unsere Stadtverordneten einen Antrag auf Wiedereröffnung der von polnischen Nationalisten geschlossenen deutschen Abendkurse für deutsche Arbeiter eingebracht. Unseren Antrag unterstützten die jüdischen Stadtverordneten, die der polnischen Sozialisten, ja sogar einige Männer der N.P.R. und Chadecja, so daß er 27 Stimmen erhielt. Gegen den Antrag stimmten 31 Stadtverordnete. Die Herren Stadtverordneten Weigelt und Rode, die von der Liste der Bürgerlich Deutschen Partei gewählt wurden, enthielten sich der Stimme. Dadurch stellten sie sich in den Gegensatz zu unserem Parteiprogramm, welches die Gleichberechtigung für die deutsche Minderheit und deutsche Schulen für deutsche Arbeiter und Kinder deutscher Eltern fordert. Neben dieser Tat behaupteten die beiden Stadtverordneten in einem Eingesandt an die „Freie Presse" und die „Neue Lodzer Zeitung", daß die die obige Tatsache festhaltende Notiz in der „Lodzer Volkszeitung" nicht der Wahrheit entspreche. Wir sind dagegen in der Lage, ihnen eine ganze Reihe von Stadtverordneten aus polnischen und jüdischen Parteien zu nennen, die den Wahrheitsbeweis erbringen werden.

Sie werden also verstehen, daß das Programm der B. D. P. unseren Bestrebungen zuwiderläuft. Wir können unmöglich unsere Wählerschaft auffordern, für eine gemeinsame Liste zu stimmen, auf der sich Vertreter einer Partei befinden, denen die nationalen Fragen der deutschen Minderheit gleichgültige Dinge sind.

2. Die beiden Vertreter der Bürgerlich Deutschen Partei haben im Lodzer Stadtrat stets dagegen gestimmt, wenn Fragen der Erhöhung der gegenwärtig so niedrigen Arbeiterlöhne auf der Tagesordnung standen. Anfang dieses Jahres hat Stadtverordneter L. Rode sogar als Mitglied einer aus eigenem Antriebe entstandenen Delegation vom Lodzer Wojewoden die Nichtbestätigung eines Stadtratbeschlusses gefordert, wodurch den Kanalisationsarbeitern (darunter auch deutschen!) eine Lohnerhöhung von Zloty 3.60 auf 5.20 gewährt wurde. Die Wojewodschaft schloß sich der Forderung des Stv. Rode und seiner zwei Kollegen, eines Vertreters der Endecja und eines der Chadecja, an und ließ nur eine Lohnzulage auf 4 Zloty 40 Gr. täglich zu. Wir haben in unserem Programm u. a. den Schutz der wirtschaftlich Schwachen, stehen also im Gegensatz zu der Bürgerlich Deutschen Partei, die keinerlei Lohnzulagen für die Arbeiter und Angestellten zulassen will. Wir verstehen recht viel von Stadtwirtschaft und Sparsamkeit, doch wird wohl kein einigermaßen gerecht denkender Mensch behaupten wollen, daß Zl. 5.20 für einen den ganzen Tag im Wasser stehenden und Lehm und Schmutz knetenden Arbeiter ein zu hoher Lohn wäre. Es wundert uns daher, daß Sie uns zumuten, mit einer Partei zusammengehen zu können, die ein ausgesprochen arbeiterfeindliches Programm besitzt. Das deutsche werktätige Volk kann nicht einen Herrn mit seinen Stimmen in den Stadtrat wählen, der ihm später als offener Feind in den Rücken fällt.

3. Die Stadtverordneten der B.D.P. haben u. a. mit ihren Stimmen den verstorbenen polnischen Nationaldemokraten Cynarski zum Präsidenten gewählt und durch ihre Stimmen den reaktionären Magistrat berufen, obwohl sie als Politiker wissen mußten, daß die gewählten Herren eine minderheitenfeindliche Politik betreiben werden. Der in der ersten Stadtratsitzung anwesende Vorsitzende der Bürgerlich Deutschen Partei, Herr Ziegler, hat demonstrativ Beifall geklatscht, als Cynarski zum Stadtpräsidenten gewählt wurde. Das Zusammengehen der B.D.P. mit der Endecja, den größten Feinden der Minderheiten, ist also programmatisches Ziel der B.D.P. Wie Sie aber wissen, erstreben wir ein ganz anderes Ziel als Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens. Wir propagieren die Verständigung mit dem fortschrittlich gesinnten Teile des polnischen Volkes zwecks gemeinsamer Erkämpfung der

Kulturautonomie für die Deutschen Polens,

die allein imstande ist, unserem deutschen Volke in Polen die nationale Gleichberechtigung zu garantieren. Dagegen haben wir an den polnischen Nationalisten, die von der Bürgerlich Deutschen Partei unterstützt werden, gesehen, daß sie auch nicht die geringste Kulturfreiheit für uns, deutsches Volk, übrig haben. Sie haben ja gewiß, Herr Dr., gehört, welche Politik der ehemalige Kultusminister St. Grabski, ein polnischer Nationaldemokrat, betrieb.

Sie sehen also, daß wir mit der B. D. P. als Partei keinesfalls zusammengehen können, weil sie unserem Programm feindlich gegenübersteht.

Der Deutsche Volksverband dagegen, der jetzt bei den Wahlen in Lodz aufzutreten gedenkt, ist eine Organisation der Landbevölkerung. Er kämpft ebenso wie wir um die Verteidigung der deutschen Schule und unserer Kulturgüter

auf dem flachen Lande.

Wir können kaum annehmen, daß die B. D. P. mit ihre politischen Einstellung ein Bundesgenosse für den D. V. V. sein kann. Der D. V. V. hat sich die wirtschaftliche Verteidigung des deutschen Kolonisten zur Aufgabe gemacht. Diese Aufgabe setzten ihm die Führer des Deutschtums bei seiner Gründung in dem seinerzeit existierenden Deutschen Volksrat sowie in erster Linie diejenigen deutschen Parlamentarier, die dem Verband auch noch heute vorstehen. Wir können also den D. V. V. nicht als eine Organisation ansehen, die sich auch den Schutz der städtischen Einwohnerschaft zum Ziele setzt. Interessen der Landwirtschaft und Interessen der bürgerlichen Stadtbevölkerung sind nicht gleiche Interessen.

Die Mitglieder des D. V. V. und deren Führer können unmöglich wollen, den D. V. V. in einen Wahlkampf in der Stadt zu stellen, wodurch eine Feindschaft zwischen Stadt- und Landbevölkerung entstehen müßte. Wir Deutschen haben im Gegenteil die Aufgabe, mit der deutschen Landbevölkerung auf kulturellem Gebiete zusammen zu arbeiten, besonders aber wir deutschen Werktätigen, als von der heutigen Weltordnung in wirtschaftlicher Beziehung gleich schlecht behandelte Bevölkerungsschichten. Eine Feindschaft müßte aber entstehen, wenn der D. V. V. sich der D. S. A. P. als ein wirtschaftlicher Gegner entgegenstellt, der, wie die Absicht besteht, sogar bürgerlich städtische Interessen zu verteidigen hätte.

Eine Verwendung des D. V. V. im einem Wahlkampf in Lodz wäre ein großer Fehler, der sich besonders in der Zukunft sehr schlecht auswirken müßte, wenn das deuttsche Volk vor noch wichtigeren Aufgaben stehen wird.

Wir glauben, Herr Doktor, daß es ihre Pflicht sei, zu verhindern, daß die Bürgerlich Deutsche Partei auf den Stimmenfang unter deutschen Wählern ausgeht, sowie daß der D. V. V. in einen Wahlkampf gestürzt würde, der diese Organisation erschüttern und ihr schaden müßte.

Indem wir Ihnen, Herr Doktor, vorstehendes mitteilen, bitten wir Sie, den Abdruck dieses Briefes in den ihnen nahestehenden zwei deutschen Tageszeitungen veranlassen zu wollen, um der deutschen Wählerschaft Klarheit zu geben.

Hochachtungsvoll
Das Wahlkomitee der D. S. A. P. in Lodz.

Wir, die Organisation der deutschen Werktätigen, drucken die beiden Briefe ab, um dem Wähler nichts zu verheimlichen. Jeder Wähler soll es wissen, welche Unterschiede bestehen, und daß die werktätigen Deutschen Selbstmord begehen würden, wenn sie mit ihren Stimmen ihre Feinde wählen werden.

Inzwischen gilt aber schon der Ruf: Auf zur Wahlarbeit!

Schreitet zur Spendensammlung für die Wahlkosten, da wir nur auf eigene Kräfte angewiesen sind!

Meldet Euch in den Wahllokalen der D. S. A. P., um Aufklärung, Flugblätter, Stimmzettel zu erhalten!

Meldet Euch schon jetzt in den Wahlkomitees zur Mitarbeit, sowohl für die Wahlpropaganda wie auch für die Wahlkomitees als Vertrauensmänner!

Lest die „Lodzer Volkszeitung", die wahrheitsgetreue Informatorin des werktätigen deutschen Volkes, da Euch gerade in der Wahlzeit Aufklärung sehr not tut.

Es lebe der Wahlsieg des deutschen werktätigen Volkes!

Es lebe die Menschenverbrüderung, die Gleichheit, die Freiheit!

Es lebe die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Das Wahlkomitee
der D. S. A. P. in Lodz.

Präsidium: Dipl. Ing. Emil Zerbe, Abgeordneter, Artur Kronig, Sejmabgeordneter, Ludwig Kuk, Stadtverordneter.

Adressen: Hauptwahlkomitee, Petrikauer Straße 109, Filialen Bednarskastraße 10, Reiterstraße 13.
Adr. der „Lodzer Volkszeitung", Petrikauer 109, Tel. 36-90.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. L. Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.